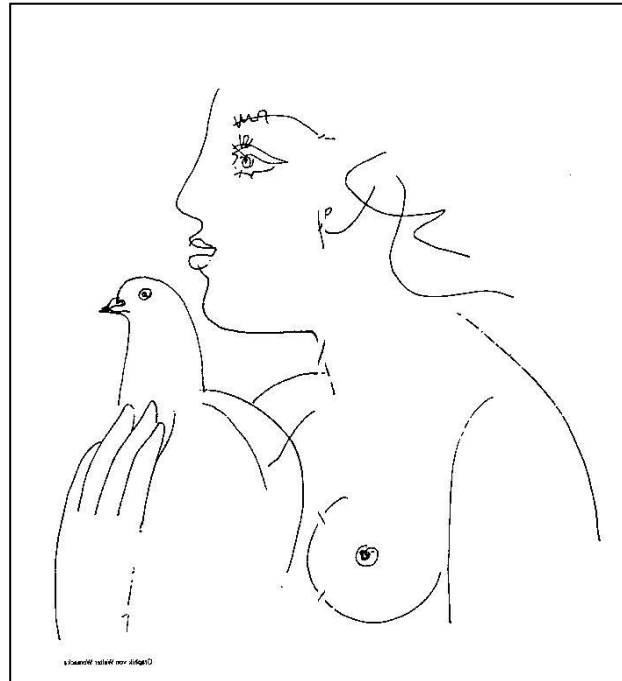


Nr. 213



Der G-20 Gipfel

➤ Ein nachgetragener Kommentar

Lesematerial:

➤ **Ein Erfolg der zum Weitermachen auffordert**

➤ **Anmerkungen zu den Protesten gegen den G-20-Gipfel**

von Florian Wilde

Der Vorstand und Mitglieder der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde stellen sich - drei Monate nach dem „politischen Großereignis“ die Frage: Was ist denn nun geblieben? Gibt es Anzeichen dafür, dass sich der Lauf der Welt ändert? Gewiss sind die Antworten auf diese Fragen unterschiedlich, müssen differenziert nach Weltanschauung und Informationslage beantwortet werden.

Die Zusammenkunft der 19 Staatschefs plus EU wird von vielen Medien als nicht erfolgreich, die Ergebnisse zumindest als dürftig eingeschätzt. Bei genauerer Betrachtung sind allerdings auch Tatsachen festzustellen, die durchaus für die weltpolitische Entwicklung von Bedeutung sein können. Das betrifft vor allem die aktive Teilnahme von China und Russland sowie einiger Schwellenländer, die bekanntlich nach einer neuen multipolaren Weltordnung streben. Ohne diese Länder oder an ihnen vorbei sind die Probleme in der Welt nicht mehr zu lösen. Andererseits - und das ist nicht zu unterschätzen - waren in Hamburg die mehr oder weniger ökonomisch starken westlichen Staaten vertreten, die gleichzeitig die Träger und Inspiratoren des aggressivsten Militärbündnisses in der Welt - der NATO - sind. Allein diese Konstellation verlangt eine differenziertere Einschätzung des Gipfels in Hamburg und seiner Ergebnisse. Das schließt die Treffen und Verhandlungen am Rande der Veranstaltung ein. Der Gipfel wurde mit einer weitgehend unverbindlichen, von neoliberalen Geist geprägten Abschlusserklärung beendet.

Es ist nicht das Anliegen dieser Schrift den Verlauf des Gipfels an sich und diese Abschlusserklärung detailliert zu analysieren. Festzustellen bleibt, dass mit dieser Veranstaltung die Probleme der Welt zwar - in ihren Erscheinungsformen und nur partiell - thematisiert aber nicht real gelöst werden.

Gegen den G - 20 Gipfel in Hamburg hat sich frühzeitig eine starke Protestbewegung formiert, an der sich verschiedene gesellschaftliche Kräfte in verschiedensten Formen beteiligt haben. Die Reaktion der Regierenden in diesem Land waren von Anfang an darauf gerichtet diese Proteste mit allen Mitteln zu unterdrücken, könnten sie doch das Bild eines „erfolgreichen“ Gipfels stören. Und so gab es in

diesen Tagen eine faktische Außerkraftsetzung der Bürgerrechte und einen Quasi-Ausnahmestand in der Hansestadt. Die Polizei provozierte bereits im Vorfeld die Protestierenden und griff während der Gipfeltage massiv Demonstrationen, Blockaden und Kundgebungen an. Das hat die Stimmungen angeheizt und nicht zuletzt zu den Ausschreitungen geführt, die dann von den Medien und Herrschenden zur Diffamierung der Proteste und der Linken im Allgemeinen benutzt wurden und werden.

Als Lesematerial folgen: eine Stellungnahme der Friedensbewegung, die von unserer Gesellschaft unterstützt wird und der Bericht eines Mitgliedes des Vorbereitungskomitees der Proteste in Hamburg.

Ein Erfolg der zum Weitermachen auffordert

Die ersten Debatten in der Friedensbewegung über eine Beteiligung an den Aktionen gegen den G20-Gipfel in Hamburg waren von viel Skepsis begleitet. Die Vorbereitungen in den verschiedenen Bündnissen gestalteten sich schwierig. Die verschiedenen Formationen der außerparlamentarischen Bewegungen hatten eigene Schwerpunkte und unterschiedliche Aktionsvorschläge. Eine gemeinsame Plattform und die Durchführung der gesamten Aktionswoche mit unterschiedlichen inhaltlichen Aktionen gelang leider nicht. Deshalb war es ein großer Erfolg, den wir vor allem unseren Hamburger Freunden, aber auch unseren Partnern aus Migrationsorganisationen zu verdanken haben, dass es am 27. Januar 2017 gelang, einen gemeinsamen Aufruf für eine gemeinsame Demonstration am 8. Juli zu vereinbaren. Erstmals seit Jahren Anti Globalisierungskritischer Aktionen gelang es, die Fragen von Krieg und Frieden im Aufruf deutlich zu betonen.

Zur Erinnerung der Aufruf beginnt mit den Sätzen:

"Es läuft etwas gehörig falsch auf der Welt:

- Kriege und bewaffnete Konflikte wie in Syrien, in Kurdistan, im Irak oder der Ukraine scheinen kein Ende zu nehmen. 1,8

Billionen Euro werden jährlich für Rüstung und Krieg ausgegeben. Gleichzeitig steigen die Rüstungsexporte.

- Über 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Die Grenzen Europas und Deutschlands sind wieder abgeschottet. Auf der Suche nach Sicherheit ertrinken tausende Menschen im Mittelmeer, das zur tödlichsten Grenze der Welt geworden ist."

Sicherlich gab und gibt es unterschiedliche Bewertungen in verschiedenen Teilen der Friedensbewegung über die politischen, strategischen und taktischen Differenzierungen gegenüber den 19 auf dem Gipfel vertretenen nationalen Repräsentanten. Acht der 20 an dem G20-Tisch Sitzenden - wir zählen die Europäische Union als ein Mitglied, obwohl nicht alle Staaten der Europäischen Union Mitglieder der NATO sind - gehören der NATO an. Diese NATO-Staaten haben mit weiteren Acht der G20 Staaten militärische sicherheitspolitische Kooperationen, meistens unter dem Stichwort „Partnership for Peace“, aber seit den letzten NATO Gipfeln, in Brüssel, Warschau und Newport/Wales auch weitere sicherheitspolitische Vereinbarungen. Diese Staaten sind Japan, Indien, Australien, Mexiko, Süd Korea, Indonesien und Saudi-Arabien. Es sitzen also 16 Staaten an diesem Tisch, die eng mit einem Militärbündnis verbunden sind, das sich offensiv auf seine Fahnen schreibt, die Rohstoff- und Profitinteressen und die Handelswege der wesentlichen imperialen Mächte dieser Welt zu sichern.

Für uns war zudem klar, dass alle dort vertretenen Länder an Kriegen und/oder an der Aufrüstungs- bzw. Rüstungsexportpolitik beteiligt sind. Um den unterschiedlichen Einfluss und realen Gestaltungswillen der politischen Repräsentanten wissend, haben wir uns besonders gegen die Kriegsführungsstrategien und die Dominanz der NATO engagiert.

In den vergangenen Monaten verständigten wir uns zwischen der "Kooperation für den Frieden", dem "Bundesausschuss Friedensratschlag", dem "Bremer Friedensforum" und dem "Hamburger Forum" auf einen eigenen Beitrag für die inhaltlichen Debatten beim "Gipfel für globale Solidarität" am 5. und 6. Juli auf dem Kampna-

gel-Gelände in Hamburg. Wider Erwarten war die Resonanz unserer zwei Podiumsrunden mit jeweils über 400 Teilnehmenden außergewöhnlich gut. Es ist ein Beleg dafür, dass Friedensarbeit und die internationale Vernetzung der Friedensbewegung inzwischen wieder zu einem wichtigen Thema geworden sind. Beim "Alternativgipfel" wurde in 11 Podiumsrunden und 80 Workshops über die Entwicklung anderer Lebens- und Arbeitsbedingungen, für einen nachhaltigen Klimaschutz, gegen ökologischen Raubbau, gegen Kriegspolitik und Militarisierung, die zu millionenfacher Flucht der Menschen führen, diskutiert.

Die Atmosphäre der Veranstaltungen beim "Gipfel für globale Solidarität" erinnerte stark an die Sozialforen Anfang des Jahrhunderts. Bunte Vielfalt, Info-Tische, zentrale Veranstaltungen ("Podien") und jede Menge Workshops. Bereits zur Auftaktveranstaltung kamen über 1000 Menschen – besonders viele Hamburgerinnen und Hamburger verschiedenen Alters. Diese Vielfalt bei den Veranstaltungen, in den Aktionen und bei den Demonstrationen kennzeichnet die eigentliche Stärke der Proteste zum G20 Gipfel in Hamburg. Vereint in der Einsicht, dass wir die Veränderung dieser Welt nicht den Mächtigen überlassen können, sondern sie jetzt in die eigenen Hände nehmen müssen. Bei unseren Podien wurde besonders die aggressive Politik der NATO und ihre enge Verbandelung mit der EU und dem Großteil der Staaten, die am G 20-Gipfel teilnehmen, unter Beteiligung von Gastreferenten aus den USA, Frankreich, Großbritannien und von den Philippinen thematisiert. Die große Beteiligung gerade von jüngeren Menschen, verdeutlicht, wie sich nun auch diese Generation politisiert. Weitere Informationen: www.friedensdemo.org

Dieser Alternativgipfel fand in den Medien kaum Beachtung. Umso wichtiger ist, dass wir als Friedensbewegung aus dem offensichtlich vorhandenen Bedürfnis nach Diskussion und Vernetzung für unsere Themen aktuelle Schlussfolgerungen ziehen.

Die unter uns, die einige Tage in Hamburg dabei waren, sahen, dass die Innenstadt, einer Festung glich. Eine Festung, die in den letzten Monaten systematisch und akribisch vorbereitet und gebaut wurde.

Das Straßenbild in Hamburg war verwaist – wenn man von den lautstarken Polizeikolonnen und den unterschiedlichen Demonstrationen und Aktionen absieht.

Der Protest und Widerstand gegen die Treffen der Regierungsvertretungen wurde bereits im Vorfeld kriminalisiert. Wir kennen es von G8/G7-Treffen, aus Heiligendamm, von der Sicherheitskonferenz in München oder von Blockupy Aktionen in Frankfurt. Doch wie brutal demokratische Grundrechte in Hamburg einfach außer Kraft gesetzt wurden, war durchaus von einer neuen beängstigenden Qualität.

Die Bundesregierung und der SPD-geführte Senat in Hamburg hatten alles unternommen, um die Proteste gegen den G20-Gipfel möglichst klein zu halten: eine Unmenge an "Auflagen" (z.B. für Protestcamps), Schikanen, Abdrehen von Buslinien, Zwangsurlaube, Aufforderung an die Bewohnerinnen und Bewohner die Stadt zu verlassen, Hetze in einigen Mainstream-Medien und ein Maximum an Repressionskräften mit ca. 22 000 Polizisten.

Die Bevölkerung sollte in der Weise verunsichert werden, die Aktionen und Demonstrationen seien die Verursacher der Einschränkungen von Bewegungsfreiheit. Dazu wurden dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit die zurechtgebogenen Versammlungsgesetze mit Möglichkeiten der Einschränkung des Demorechts entgegeng gehalten. Regeln und Gesetze wurden mit staatlicher Willkür gebrochen.

Während der offizielle Gipfel - auch von den Medien als nicht erfolgreich interpretiert - mit einem unverbindlichem (aber zutiefst neoliberalen) Papier endete, gingen am Samstag, den 8. Juli fast 80 000 Menschen gegen den G20-Gipfel auf die Straße. Dazu haben wir mit unserer eigenen Mobilisierung (sicher regional unterschiedlich mit hoher Beteiligung aus Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein) beigetragen. Die Friedensbewegung bildete einen eigenen großen Block, zu dem Friedensinitiativen mit ihren Transparenten und Forderungen gehörten. Das Leittransparent hatte das Motto: „Statt G20: Kriege beenden! Abrüsten!“. Positiv zu vermerken ist zudem, wie viele sich spontan dieser Demonstration, auch den Ak-

tionen in den Tagen zuvor, anschlossen. Sie bildeten den größten Teil der Teilnehmenden. Gerade das macht uns Hoffnung.

Die Themen Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden standen in den Reden und auf den Transparenten während der gesamten Demonstration und bei den Kundgebungen im Vordergrund. Alle diese Themen wurden gar nicht oder völlig unzulänglich auf dem Gipfeltreffen der G20-Staaten zum Thema gemacht.

Sehr abgestuft wurde dann das Recht auf Demonstration von den Behörden zugelassen, eingeschränkt oder auch bei anderer Gelegenheit von der Polizei einfach behindert. Das Zeltcamp in Entenwerder wurde geräumt. Eine Demonstration der Polizeimacht. Äußerst aggressiv wurde am 6. Juli aus nichtigen Gründen eine Demonstration mit 12 - 15.000 Teilnehmenden angegriffen. So sollten die Bilder provoziert werden, welche die Innen Behörde nachträglich zur Rechtfertigung ihrer Eskalationsstrategie benötigte. Denn zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Bild der Berichterstattung auch in den Medien gedreht. Auch viele Journalisten hinterfragten nun die staatliche Eskalationsstrategie. Sie forderten Deeskalation.

Die Frage der Gewalt an den verschiedenen Schauplätzen während des Gipfels bleibt zu klären – auch mit einem Untersuchungsausschuss. Wir als Friedensbewegung wissen, was Hass, Gewalt und Machtgehabere erzeugen. Es wäre daher wichtig gewesen sich im Bündnis früher, deutlicher und klarer auf einen Aktions- und Demokonsens zu verständigen, der Aktionen sinnloser Gewalt eindeutig ausschließt. Das, wie auch die staatliche Eskalationsstrategie, müssen umfassend aufgearbeitet werden.

Wir sagen es deutlich: Es gibt Alternativen zum Model des G20-Gipfels. Während die Welt am Wochenende auf den G20-Gipfel schaute, wurde in New York Geschichte geschrieben. 122 UN-Mitgliedstaaten beschlossen nach monatelangen Verhandlungen einen Verbotsvertrag für Atomwaffen. Das völkerrechtlich bindende Abkommen verbietet Entwicklung, Produktion, Besitz, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen. Allem Widerstand der Atommächte zum Trotz wird der Verbotsvertrag nach der Ratifizierung vermutlich noch in diesem Jahr in Kraft treten. Der 6. August wird

ein Tag sein, wo wir als Friedensbewegung bundesweit darauf hinweisen werden.

Bei aller Kritik an der Konstellation der UNO: sie bleibt der verbindlichere Ort der völkerrechtlichen Vereinbarungen. Denn die Entscheidung vom 7. Juli in New York ist wichtiger für die Entwicklung der Menschheit als der "totale Fehlschlag" des G 20 - Gipfels.

Wir werden uns gemeinsam über unsere weiteren Aktionen und unsere Mobilisierung für eine friedlichere und gerechtere Welt verständigen. Dazu wird ein bundesweites Treffen der Friedensbewegung am 8. Oktober (wahrscheinlich in Essen) eine gute Gelegenheit sein. Thematisieren werden wir diese Frage aber auch bei den Veranstaltungen zum Antikriegstag, am 1. September und während der Aktionen an US-Airbase in Ramstein Anfang September. Die Möglichkeiten und die Bereitschaft für größere und große Aktionen auch der Friedensbewegung sind durch „Hamburg“ besser geworden.

Für die Koordination der Friedensaktivitäten zum G20-Gipfel in Hamburg

- Reiner Braun (Mitglied des Kooperationsrates der Kooperation für den Frieden, IPB)
- Andreas Grünwald (Hamburger Forum)
- Ekkehard Lentz (Bremer Friedensforum)
- Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag)

Großer Erfolg

Anmerkungen zu den Protesten gegen den G-20-Gipfel

Von Florian Wilde

Florian Wilde ist Mitglied der Partei Die Linke und war intensiv an der Vorbereitung des Protests gegen den G-20-Gipfel beteiligt.

Grenzenlos solidarisch. Mindestens 76.000 Menschen demonstrierten am Sonnabend, dem 8. Juli, in Hamburg gegen den G-20-Gipfel. In der Bundesrepublik war dies der bisher größte Protest gegen eine solche Zusammenkunft von Staats- und Regierungschefs.

Die Bilder der gewalttätigen Auseinandersetzungen, die die Berichterstattung über die Proteste gegen den Hamburger G-20-Gipfel prägten und nun für eine breitangelegte Kampagne gegen die gesamte Linke instrumentalisiert werden, dürfen nicht vergessen machen, dass die Proteste ein großer Erfolg waren. Trotz wochenlanger medial befeuerter Angstmache und trotz der Einschüchterung durch einen Polizeistaat ist es gelungen, den größten Protest gegen ein solches Spitzentreffen in der deutschen Geschichte zu organisieren und Zehntausende auf die Straße zu bringen. Die Demonstration »Grenzenlose Solidarität statt G 20« am Samstag, dem 8. Juli, mit 76.000 Teilnehmern, wie die Veranstalter angaben (die *Hamburger Morgenpost* zählte sogar 100.000) war die größte in Hamburg seit mehr als 30 Jahren.

Tausenden Aktivisten war es einen Tag zuvor gelungen, Zufahrtswege zum Gipfel zu blockieren und den Ablauf der Tagung zumindest punktuell – leider nicht umfassend – zu stören. Etwa 1.000 hatten an jenem Freitag im Hafen demonstriert, rund 2.000 zogen unter dem Motto »Jugend gegen G 20« zeitgleich durch die Innenstadt. Bis zu ihrer Zerschlagung durch die Polizei hatten sich am Donnerstag zur antikapitalistischen »Welcome to Hell«-Demonstration bereits 12.000 Menschen versammelt; hätten sie weiterziehen können, wäre die Menge sicher auf mehr als 20.000 angewachsen. So viele waren es jedenfalls am Mittwoch zuvor gewesen, die bei »Lieber tanz' ich als G 20« gegen den Gipfel ravn, nachdem am Dienstag bereits Tausende gegen den Gipfel »gecornert« hatten. Rund 2.500 Teilnehmer hatten am Mittwoch und Donnerstag den alternativen »Gipfel für globale Solidarität« besucht und mit Gästen aus aller Welt inhaltliche Kritik an der offiziellen Zusammenkunft diskutiert. Etwa 10.000 waren bereits am Sonntag, dem 2. Juli, dem Aufruf zur »G 20 Protestwelle« gefolgt. Die breite Ablehnung war in den Stadtteilen rund um die Messehallen deutlich sichtbar: Überall hingen Anti-G-20-Transparente aus den Fenstern, zahllose kleine Läden hatten ihre Schaufenster und Scheiben gegen den Gipfel dekoriert.

Nachdem sich abgezeichnet hatte, dass der Senat keine Camps zulassen würde, solidarisierten sich etliche Hamburger mit den Protestierenden und boten ihnen Gästezimmer, Vorgärten und Lauben zur Übernachtung an.

Eine Woche lang waren Tausende Aktivisten in fieberhafter Anspannung im Dauereinsatz, kämpften politisch um Camps, bereiteten zahllose Aktionen vor, demonstrierten und blockierten. Es war eine ganz beglückende Erfahrung, wie wenig sie sich dabei von der allgegenwärtigen polizeilichen Repression einschüchtern ließen. Eine authentische soziale Bewegungsdynamik durchbrach alle langweiligen Routinen linker und parlamentarischer Politik. Es war in vielem eine ganz wunderbare Woche.

Der Spaltung getrotzt

In der gegenwärtigen Inszenierung einer globalen Polarisierung zwischen neoliberaler Mitte und Rechtspopulismus waren linke Alternativen in den letzten Monaten nur selten sichtbar. Mit dem Protest konnte dieser Unsinn ad absurdum geführt werden und ein weltweit wahrnehmbares Signal für die Existenz und Lebendigkeit einer antikapitalistischen Linken gegeben werden. Doch dieser Erfolg soll nach dem Willen der herrschenden Meinung, die noch immer die Meinung der Herrschenden ist, keine Anerkennung finden. In der Absicht, von der eigenen Verantwortung für die Eskalation in Hamburg abzulenken, versuchen SPD und CDU, unterstützt von etlichen Medien, nun mit aller Macht, die Krawalle im Schanzenviertel und in Altona gegen die zahlreichen Aktivitäten auszuspielen, und sprechen fast ausschließlich von der Randale anstatt über den Massenprotest. Demgegenüber gilt es, auf die eigenen Erfolge zu verweisen und die Hauptverantwortlichen für die Eskalation zu benennen: Senat und Polizei.

Im Vorfeld des G-20-Gipfels war immer wieder versucht worden, das Protestbündnis zu spalten – leider erfolgreich. Zunächst hatten sich namhafte Nichtregierungsorganisationen wie Campact, der Naturschutzbund und der WWF, außerdem der DGB aus Angst vor möglichen Krawallbildern verabschiedet und für Sonntag vor dem Gipfel zu einer eigenen Veranstaltung, der »Protestwelle«, mobilisiert. Dann haben auch die Grünen das Bündnis verlassen und parallel zur Großdemonstration mit der SPD zur Veranstaltung

»Hamburg zeigt Haltung« aufgerufen. Die Abspaltungen waren eine politische Niederlage und durchaus gefährlich: Rechts von der Partei Die Linke und Attac brach fast das ganze Spektrum weg. Die gesamte Mobilisierung nach Hamburg wurde durch diese Manöver deutlich geschwächt.

Die »Protestwelle« brachte schließlich mit großem finanziellem Aufwand gerade einmal 10.000 Menschen auf die Straße. Bei »Hamburg zeigt Haltung« sollen es sogar nur knapp 6.000 gewesen sein – gegenüber der mehr als zwölffachen Menge auf der Großdemo, die völlig friedlich verlief und bei der sich alle Bündnispartner an die Absprachen hielten. Es war zugleich eine sehr dynamische und kämpferische Demonstration. Massenhaft wurde auf ihr das Verbot der Symbole der kurdischen Freiheitsbewegung ignoriert. Fahnen der PKK wurden offen und sogar auf der Bühne der Abschlusskundgebung gezeigt, tausende von YPG-Fähnchen prägten das Bild ganzer Blöcke. Gerade in Anbetracht der durch Spaltung, Verbote und Angstmacherei sehr erschwerten Bedingungen ist dem linken Lager in Deutschland ein beachtlicher Mobilisierungserfolg gelungen. Blamiert stehen hingegen die spaltenden Großorganisationen mit ihren Kleinprotesten da.

Es war immer klar gewesen: Wer eine solche Tagung ausrichtet, der holt sich die Gewalt in die Stadt. Die Entscheidung für Hamburg als Austragungsort des G-20-Gipfels war auch eine Entscheidung für die in der Hansestadt heftigsten Riots seit Jahren. Denn Vermummte, die Scheiben einschlagen und Autos anzünden, traten seit der WTO-Konferenz in Seattle 1999 bei fast allen großen Protesten gegen Zusammenkünfte solchen Formats in Erscheinung.

Das vorhersehbare Problem

Nach Hamburg kommen zu wollen, das hatten entsprechende Gruppierungen schon frühzeitig angekündigt: Bereits Monate vor dem Gipfel gab es eine wahrnehmbare »militante Mobilisierung«, vor allem von anarchistisch-insurrektionalistischen sowie neomaoistischen Zusammenhängen. Und absehbar war auch, dass es während des Gipfels in der Schanze »knallen« würde: Ziemlich regelmäßig kommt es dort im Anschluss an Demonstrationen und Stadt-

teilsten zu Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt. Allerdings waren auch nach Polizeiangaben zum »schwarzen Block« auf die Demo am Donnerstag höchstens 2.000 statt der angekündigten 8.000 als »gewaltbereit« klassifizierten »Linksextremisten« gekommen. Die Chancen für einen relativ friedlichen Protest gegen den Gipfel standen also überraschend gut. Es waren der Senat mit einer de facto Verhängung des Ausnahmezustands und die Polizei selbst mit völlig überzogenen Repressionen, die die Stimmung tagelang immer weiter aufheizten und dadurch viel dazu beitrugen, dass es dann doch noch zu Ausschreitungen kam.

Für Protest gegen solche Zusammenkünfte in einer Großstadt fielen sie nicht ungewöhnlich heftig aus – da gab es beim G-8-Gipfel in Genua 2001 ganz andere Szenen. Tatsächlich traten – allerdings offensichtlich relativ kleine – organisierte Gruppen in Erscheinung, die gewalttätigen Formen der Auseinandersetzung politisch viel abgewinnen können und diese daher auch gezielt anstreben. Vermutlich hätten sie dies unabhängig vom Verhalten der Staatsgewalt getan. Dass sich aber neben bestenfalls rudimentär politisierten Jugendlichen, die einfach »Bock auf Action« hatten, sowie zahlreichen betrunkenen Schanzegängern auch Menschen an den Ausschreitungen beteiligten, die eigentlich für einen friedlichen Protest angegeistert waren, hat sehr viel mit dem Agieren des Senates in den Tagen zuvor zu tun: Die heftige Gewalterfahrung legitimierte in den Augen nicht weniger auch eine gewalttätige Antwort.

Schaufensterscheiben kleiner Geschäfte einzuschlagen oder Kleinwagen anzuzünden ist indes wahrlich kein antikapitalistischer Akt, sondern schlichtweg bescheuert, Feuer in Läden zu legen verantwortungslos. Der Riot war weitgehend sinnentleert und damit unpolitisch, Parteien und Medien fiel es auf diese Weise leicht, den gesamten Protest und überhaupt linke Politik zu diskreditieren.

Grenzenlos brutal: Polizeigewalt hat es nach Meinung von Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz nicht gegeben. Dabei berichten etliche Augenzeugen und belegen zahlreiche Videos, wie – rücksichtslos die hochgerüsteten Beamten gegen Demonstranten vorgegangen sind.

Zum Glück standen die Ereignisse weder zeitlich noch geographisch und politisch in einem erkennbaren Zusammenhang mit den organisierten Protesten, so dass weder dem Bündnis, noch der Linkspartei, noch den organisierten Postautonomen der Interventionistischen Linken irgendeine Verantwortung für diese Ausschreitungen unterstellt werden konnte. Und daher gibt es auch keinen Grund, sich davon zu distanzieren: Man kann sich nur von Ereignissen, Maßnahmen, Gruppierungen etc. distanzieren, zu denen eine Nähe besteht. Die gab es ganz einfach nicht. Gleichwohl sind die Ausschreitungen zu verurteilen, weil sie kein zielführendes Mittel der politischen Auseinandersetzung sind, sondern dem Protest insgesamt erheblich geschadet haben. Die wieder und wieder gezeigten Aufnahmen von lodernden Feuern haben die Bilder des Massenprotests und des zivilen Ungehorsams völlig verdrängt, und noch im Nachgang des Gipfels wird die dringend notwendige Diskussion über die strukturelle Gewalt der G 20, über Polizeiübergriffe und Grundrechtsverletzungen von der Aufregung über »linke Gewalt« blockiert. Und dennoch sollte man die sozialen und politischen Ursachen in den Blick nehmen, die dazu führen, dass Menschen Steine auf Polizisten werfen oder Supermärkte plündern. Nun wird in völlig absehbarer und höchstens in der Heftigkeit unerwarteter Weise von SPD/CDU/AfD und vielen Medien versucht, der gesamten Linken die Schuld in die Schuhe zu schieben. Diesem Generalangriff gilt es standzuhalten – auch, indem auf die Mitverantwortung von Polizeiführung und Senat an der Eskalation hingewiesen wird.

Der Polizeistaat

Tatsächlich unvorbereitet traf etliche Gipfelgegner das Ausmaß der Polizeirepression. Dabei hätte die Ernennung von Hartmut Dudde zum Einsatzleiter allen eine Warnung sein müssen: Wie wohl kein anderer steht der Zögling des ehemaligen Hamburger Rechtsaußen-Senators Ronald Schill für Rechtsbrüche im Amt, für die berüchtigte repressive »Hamburger Linie« und für ein brutales Vorgehen auch gegen friedliche Demonstrationen.

Bereits kurz vor der eigentlichen Gipfelwoche hatte die Polizei die Stimmung mit Hausdurchsuchungen bei Aktivisten, die in einem

Taz-Interview Straftaten gerechtfertigt haben sollen, kräftig angeheizt. Es folgten die rüde durchgesetzten Campverbote. Die Polizei ging dabei nicht nur überaus brutal vor, sondern sie setzte sich auch eiskalt über Gerichtsentscheidungen hinweg. Viele konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Exekutive die Urteile der Judikative schlicht scheißegal waren. Und viele empfanden die Verbote als Verletzung des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit. Die Polizei griff mehrfach Journalisten an, ignorierte Gerichtsentscheidungen und schlug immer wieder und offensichtlich auch wahllos Menschen zusammen. Die ganze Woche über heizte die Repression die Stimmung an und trieb viele Leute in eine verzweifelte Wut. Der aus vielen Tausend Kehlen erklingende Ruf »Ganz Hamburg hasst die Polizei! « wurde zum wohl meistkandierte Slogan.

Manchen erschienen die Autonomen in dieser Situation sogar als Verteidiger des Rechtsstaates gegenüber der Polizei. So war in einem Kommentar des *ARD*-Magazins »Panorama« am 5. Juli zu lesen: »Nun also: wilde Protestcamps überall in der Stadt gegen eine Polizei, die nicht vor einem Rechtsbruch zurückschreckt. Der Frontverlauf also offenkundig: Gut gegen Böse – besser kann man die militante Szene nicht unterstützen. Aus selbstgerechten Krawalltouristen sind die Retter des Rechtsstaats geworden. Danke, Polizei Hamburg!«

Am 6. Juli ließ die Polizeiführung – sicherlich mit politischer Rückendeckung des Senates – die bis dahin völlig friedliche »Welcome to Hell«-Demonstration wegen ein paar Vermummten noch vor dem Loslaufen so brutal zerschlagen, dass man froh sein konnte, dass nicht noch schlimmere Folgen eintraten. Die gewaltsame Auflösung einer angemeldeten, genehmigten und friedlichen Versammlung ist der eigentliche politische Skandal und erinnerte an das Vorgehen in autoritären Regimen. Die große Mehrheit der Protestierenden reagierte allerdings sehr besonnen. Dass sich so viele Menschen engagiert gegen die zeitweilige Errichtung eines Polizeistaates und gegen staatliche Anschläge auf Demokratie und Versammlungsfreiheit wehrten wie in der Hamburger Protestwoche, sollte jedem Demokraten Grund zur Freude sein. Die von der Staatsgewalt ausgehenden Attacken auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit während der Gipfelwoche müssen aufgearbeitet

werden. Auch, weil sie ganz erheblich zur Eskalation am Freitag beitrugen.

Angriff ist die beste Verteidigung

Bei dem Generalangriff auf die gesamte Linke tut sich insbesondere die SPD hervor – aus sehr durchsichtigen Motiven: Damit niemand mehr über die von ihr mitverantworteten Grundrechtsverletzungen und Polizeiübergriffe spricht, klagt sie in geradezu hysterischer Weise die Partei Die Linke als »parlamentarischen Arm des Schwarzen Blocks« an. Die Rote Flora wird mit Räumung bedroht, dem Gängeviertel soll Fördergeld gestrichen werden, die radikale Linke von ihren gesellschaftlichen Bündnispartnern isoliert werden.

Das politisch-mediale Trommelfeuer wird noch eine Weile andauern, sich dann aber wieder legen, so wie die Rauchschwaden über der Schanze verzogen sind. Vielleicht tauchen Belege auf, dass auch dieses Mal wieder Zivilpolizisten und V-Leute des Verfassungsschutzes an den Krawallen beteiligt waren – so könnte die Debatte eine andere Richtung bekommen. All das ist schwer abzusehen.

Klar ist lediglich, dass in der jetzigen Situation nur Standfestigkeit und Offensive helfen. Unter umgekehrten Vorzeichen wäre auf die Taktik zurückzugreifen, die auch die SPD anwendet: Angriff ist die beste Verteidigung. Die Partei die Linke etwa hat sich überhaupt nichts vorzuwerfen. Von Anfang an war sie als einzige Partei gegen den G-20-Gipfel in Hamburg als Austragungsort. Alle Aktionen, die von dem Bündnis, an dem Die Linke beteiligt war, vorbereitet wurden, verliefen so, wie sie angekündigt waren: entweder völlig friedlich, oder es gab kleinere Regelverletzungen durch zivilen Ungehorsam.

Wir sollten auf die Verantwortlichen verweisen und Konsequenzen fordern. Die Partei Die Linke hat bereits den Rücktritt von Innensenator Andy Grote verlangt. Auch Olaf Scholz müsste seinen Hut nehmen: Wer angemeldete und friedliche Demonstrationen brutal zerschlagen lässt, wer das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit missachtet, wer die Sicherheit von Despoten über die Sicherheit der eigenen Bürger stellt, sollte nicht länger im Amt bleiben. Es ist alles dafür zu tun, dass öffentlich über den Erfolg des Großprotestes ge-

sprochen wird – und zugleich über das polizeistaatsartige Vorgehen gegen die Proteste. Laut von *Spiegel Online* veröffentlichtem »Wahl-trend« vom 11. Juli findet ein Viertel der Befragten den Polizeiein-satz zu hart. In Hamburg dürften diese Zahlen noch weit höher lie-gen. Das Entsetzen über das Vorgehen der Polizei ist bis weit ins bürgerliche Milieu hinein groß. Die Partei Die Linke sollte jene Kraft sein, die diesem Entsetzen als sozialistische Bürgerrechtspartei poli-tischen Ausdruck verleiht, die Demokratie und Grundrechte ein-fordert und deren Verletzung konsequent thematisiert.

Nötig ist eine linke Gegenerzählung gegen die Mainstreammärchen. Eine Erzählung der Erfolge, die der Reduktion eines Massenprotes-tes auf Ausschreitungen entgegengehalten wird. Eine Erzählung, die Polizeigewalt und Grundrechtsverletzung skandalisiert. Eine Erzählung vom Scheitern der Gegenseite. Gegenwärtig lässt sich damit nur eine gesellschaftliche Minderheit erreichen – zu stark ist das Sperrfeuer von Medien und SPD/CDU/AfD. Doch der Protest gegen den Hamburger G-20-Gipfel kann der Partei Die Linke auch für die Bundestagswahl reichlich Rückenwind geben – wenn sie an-ge-sichts der Hetze des politischen Gegners nicht einknickt.

Aus „JW“ [Ausgabe vom 21.07.2017](#),